

BRANCHE DISKUTIERT MIT POLITIK IN TRIER

ERFOLGREICHER AUFTAKT FÜR WEITERE VERANSTALTUNGEN AUF LÄNDEREBENE



Foto: Martin Frey

Bild 1: MdB a.D. Hans-Josef Fell (Grüne) forderte: „Wir brauchen die Bioenergien als Ausgleichsenergien.“

Die Biogasbranche des Südwestens traf sich zum Wirtschaftsgipfel Biogas, zu dem der Fachverband Biogas e.V. zusammen mit dem Landesverband Erneuerbare Energie (LEE) Rheinland-Pfalz/Saarland eingeladen hatte. Der Pilotveranstaltung sollen weitere Treffen bis auf Bundesebene folgen.

Im Kongresszentrum der Europäischen Rechtsakademie in Trier begrüßte Christoph Spurr als Vizepräsident des Biogas-Fachverbandes die über 80 Teilnehmenden in der Moselmetropole. „Das neue Format soll dazu beitragen, die regionale Biogaswirtschaft mit der Politik zusammenzubringen“, beschrieb Manuel Maciejczyk, Geschäftsführer des Verbandes, die Zielsetzung. Die Zusammenarbeit mit dem LEE wurde damit weiter ausgebaut. Nach dem kurz darauf veranstalteten Wirtschaftsgipfel in Nordrhein-Westfalen sollen weitere Veranstaltungen folgen.

Stagnation muss überwunden werden

Die aktuelle Lage der Biogasbranche in Deutschland ist von Stagnation geprägt: Im Branchenbericht erläuterte Maciejczyk, dass der Zubau auf dem niedrigsten Stand seit den Anfangsjahren der Branche liegt. So bleiben in der Prognose nach Abzug stillgelegter Anlagen für 2023

nur noch 33 Neuanlagen – mit Schwerpunkten in Bayern und Niedersachsen. In Rheinland-Pfalz seien im Jahr 2022 immerhin noch fünf Anlagen hinzugekommen. Generell sei es nun höchste Zeit für eine Trendumkehr. Die Energieerzeugung aus Biogas müsse weiterhin eine wesentliche Rolle spielen.

Fell kritisiert Ausschreibungen scharf

Hans-Josef Fell, ehemaliger Bundestagsabgeordneter der Grünen und – zusammen mit Hermann Scheer und weiteren Abgeordneten – vor zwanzig Jahren maßgeblich an der Ausarbeitung des EEG beteiligt, beklagte die weltpolitische Entwicklung, wengleich die Konflikte absehbar gewesen seien: „Wo Erdöl und Erdgas gefördert werden, ist meist auch Krieg.“ Der Weg der Bundesregierung, weiter auf Erdgas zu setzen, sei grundsätzlich, ebenso die immer wieder geführten „Teller-oder-Tank-Diskussionen“.

Jetzt Präsident der Energy Watch Group, forderte Fell moderne Agroforstsysteme, die es ermöglichen, ausreichend Fläche für Bioenergie bereitzustellen. Auch sei müßig darüber zu streiten, ob Flächen effizienter durch Bioenergie oder Photovoltaik zu nutzen seien. „Durch Agri-PV ist beides möglich!“ Der schleppende Biogasausbau sei vor allem auf das Ausschreibungssystem zurückzuführen: Man müsse Biogas als „Baustein bei der Flexibilisierung der Stromerzeugung und als Speichermöglichkeit“ stärker würdigen. Der Branche legte Fell nahe, die Abschaffung der Ausschreibungen einzufordern, um mit fester Einspeisevergütung zur alten Dynamik zurückzugelangen.

Wissenschaftliche Rückendeckung

Dass Bioenergie ein wesentliches Werkzeug für die Klimaneutralität im Wirtschaftssektor sei, betonte Professor Frank Baur, wissenschaftlicher Geschäftsführer am Institut für Zukunftenergie- und Stoffstromsysteme in Saarbrücken (IZES). „Das ausreichende Potenzial bio-

gener Rest- und Abfallstoffe untermauern Studien“, bekundete er und lenkte den Blick auf den Einsatz der Materialien im Bereich der Prozesswärme. Auch der Wert möglicher negativer Emissionen im Sinne von Bioenergie mit CO₂-Abscheidung und -Speicherung (BECCS) müsse einen größeren Stellenwert erhalten, forderte er. Biogaskapazitäten seien im Hinblick auf die erforderlichen flexiblen Systeme in einer optimierten Form zu erhalten. Biomethanherzeugung könne einen Auftrieb erfahren, ist er überzeugt. „Dazu brauchen wir aber Anreizmodelle im Wärmebereich.“

Motivierende Vorbildprojekte

Wie innovativ und leistungsfähig Biogas weiterhin ist, verdeutlichten Beispiele aus der Region: Jan Stöckemann von der Beratungsfirma AutenSys GmbH in Karlsruhe erklärte, dass CO₂-Vermeidungskosten in der Industrie durch den Einsatz von Biogas zum Teil deutlich günstiger seien als durch Strategien, die auf Elektrifizierung bzw. Wasserstoff setzen. „Ich sehe eine sehr große Bereitschaft bei Industriekunden, auch über mehrere Kilometer Rohbiogasleitungen zu bauen.“ Dies sei gerade für Altanlagen eine wichtige Perspektive.

Genau diesen Weg verfolgt das in Mandern im Hunsrück ansässige Unternehmen Thyssenkrupp Bilstein GmbH, das eine klimaneutrale Energieversorgung zum Ziel hat. Der Produzent von Stoßdämpfern investiert aktuell in eine 850 Meter lange Rohbiogasleitung, die von einer benachbarten Biogasanlage zum Werk geführt wird. Über ein eigenes Blockheizkraftwerk sollen dann ab 2024 jährlich etwa vier Millionen Kilowattstunden Strom und Wärme erzeugt werden, was etwa 40 % des jetzigen Energiebedarfs decken kann. Der Standort im ländlichen Bereich wird jetzt zum großen Vorteil.

Und dass Bioenergie auch auf kommunaler Ebene weiterhin einen hohen Stellenwert besitzt, betonte Christoph Zeis, LEE-Vorsitzender und Geschäfts-



Bild 2: Freuten sich über den gelungenen Austausch – v.l.n.r.: Michael Ludwig (MdL CDU), Christoph Zeis (LEE), Jutta Paulus (MdEP Grüne), Verena Hubertz (MdB SPD), Energiestaatssekretär Michael Hauer (Grüne), Christoph Spurk (Fachverband Biogas e.V.), Marco Weber (MdL FDP) und Hans-Josef Fell (MdB a.D. Grüne)

fürher der Energiedienstleistungsgesellschaft EDG aus Nieder-Olm bei Mainz. Diese realisiert nachhaltige Energielösungen, bei denen auch Biogas wesentliche Beiträge liefern kann. In den Projekten werden bereits heute die CO₂-Emissionen um bis zu 80 % und mehr reduziert. In der Region Trier sind auch die Stadtwerke Trier Vorreiter – Vorstand Arndt Müller verwies auf den Ansatz, u.a. das Erdgasnetz als saisonalen Speicher zu nutzen.

Angeregte Debatte mit den Politikern

Unter dem Titel „Mit der Politik im Dialog“ ging die Veranstaltung in eine engagierte Diskussion: Dabei wurde deutlich, dass die anwesenden Parteienvertreter doch sehr vereint hinter der Biogasnutzung stehen. Hemmnisse werden meist auf Bundesebene bzw. in Brüssel ausgemacht: Der rheinland-pfälzische Energiestaatssekretär Michael Hauer (Die Grünen) erklärte, Biogas sei ein wesentlicher Baustein des Energiemixes der Zukunft, „um den Unternehmen vor Ort eine verlässliche, aber vor allem preisstabile Energieversorgung zu ermöglichen“. Das Pilotprojekt aus der Eifel sei ein Vorbild für ganz Rheinland-Pfalz, um ausreichend Residuallasten im Energiemix aus Wind, Sonne und Biogas aufzubauen.

Mit Jutta Paulus, für die Grünen Mitglied im Europäischen Parlament, schwenkte der Blick auf den gesamt-europäischen Rahmen: Laut EU-Vorgabe solle die Biogasproduktion um den Faktor 10 gesteigert werden, betonte sie. „Wir haben außerhalb Deutschlands unfassbar viel Potential“. Für die deutschen Unternehmen bedeute dies aufgrund der langen Erfahrung gute Exportchancen. Der Kritik, das EU-Parlament unternehme zu wenig, um den Biogasausbau in den EU-Förderrichtlinien zu verankern, entgegnete sie, die Leitlinien schreibe die

Kommission, als Parlament könne man keine Änderungen einbringen.

Dies wollte der LEE-Vorsitzende Christoph Zeis so nicht stehen lassen und forderte, die Hürden des Beihilferechtes müssten beseitigt werden: „Das Wettbewerbsrecht darf den Ausbau der Erneuerbaren Energien in Deutschland nicht behindern.“ Mit Blick auf den Lissabon-Vertrag, der die Energiefreiheit der Mitgliedsstaaten garantiert, müsse Deutschland im Unterschied zu anderen Ländern, die etwa an der Kernenergie festhalten, deutlich mehr Handlungsspielräume in Brüssel verhandeln.

Schwäche des Heimatmarktes überwinden

Hinsichtlich des Heimatmarktes bemängelte Verena Hubertz, SPD-Bundestagsabgeordnete aus Trier, sie sei erstaunt, „dass wir so viel nach Frankreich exportieren und hier so viel Potenzial auf der Straße liegen lassen“. Man sei jetzt in einer Zeit, „in der es einfach keine Ausreden mehr geben darf.“ Hubertz sagte mit Blick auf die Weichenstellungen in Berlin: „Wir brauchen im Energiebereich einen Deutschlandpakt und müssen die großen Räder drehen, um uns unabhängiger zu machen von dem, was in einzelnen Ländern passiert.“

Warum auf Bundesebene derzeit zu wenig für Biogas getan wird, liegt für Hans-Josef Fell auf der Hand: Leider hätten nicht tragfähige Argumente gegen die Bioenergie die Oberhand gewonnen. Aber: „Wir brauchen die Bioenergien als Ausgleichsenergien. Man muss diese biodivers gestalten statt abwehren.“ Christoph Spurk erklärt sich die Misere damit, dass die Thematik insgesamt zu komplex ist, so dass sich die Politik lieber damit nicht beschäftigt. „Man hängt stattdessen mit dem Thema Mais in der Vergangenheit fest. Dabei können wir neue Wege gehen.“

CDU und FDP-Abgeordnete befürworten Bioenergie

Lobende Worte kamen vom CDU-Abgeordneten Michael Ludwig aus Bitburg, Mitglied des rheinland-pfälzischen Landtages: „Die Biogasbranche ist eine eierlegende Wollmilchsau – ein Pfund, mit dem man wuchern kann. Man könne und dürfe es sich nicht erlauben, den Gesamtkomplex „Biogas“ so stiefmütterlich zu behandeln wie bisher: „Wir haben eine ausgereifte Technologie, die uns enorme Möglichkeiten eröffnen kann – wenn gewollt.“

Und Marco Weber, energiepolitischer Sprecher der FDP-Fraktion im Mainzer Landtag fügte hinzu, Genehmigungen für Biogasanlagen seien zu kompliziert und zu aufwändig. „Biogas hat sich weiterentwickelt. Wir brauchen Perspektiven für Bestandsanlagen, aber auch, dass neue Anlagen gebaut werden, denn Biogas ist der Energieträger der Zukunft.“ Weber erinnerte im gleichen Zuge daran, dass die Bestandsanlagen bei der EEG-Vergütung keine Indexierung hinsichtlich der steigenden Betriebskosten erhielten, was nun zum Problem werde: „Die Umstellung auf flexible Fahrweise bedeutet Investitionen in siebenstelligen Beträgen. Wir brauchen da eine Perspektive.“ Dass es die nicht gibt, ärgert Christoph Spurk: „Wir dienen in Brüssel schon als schlechtes Beispiel.“ Fast 90 % der Anlagen in Rheinland-Pfalz nutzten bereits die Wärme. „Die Dinge sind ausgereizt, wir brauchen jetzt neue Wege der Förderung.“

Positives Fazit

Bei all den Hemmnissen sollten nach Auffassung Spurks aber die guten Zukunftsaussichten überwiegen: „Bioenergienutzung ist kein Widerspruch zur Erzeugung von Lebensmitteln“. Die Potenziale für beides seien vorhanden. Allerdings seien alle technologischen Potenziale auszuschöpfen. Man sehe, was in der Region bereits möglich sei. Nun gehe es darum, viele Dinge umzudenken. „Wir haben jede Menge Verbündete“, rief er den Teilnehmern zu. Und: „Wir müssen nur unsere Kräfte bündeln und uns verstärkt mit der Politik austauschen“. Auch Manuel Maciejczyk zog ein positives Fazit der Veranstaltung: „Diese Resonanz hat alle unsere Erwartungen übertroffen.“ Nach den Wirtschaftsgipfeln auf Länderebene soll ein weiterer für ganz Deutschland folgen, um die Erwartungen der Branche gegenüber der Bundespolitik angemessen Gehör zu verschaffen.

ZUM AUTOR:

► Martin Frey
Fachjournalist

mf@agenturfrey.de